

Der Primat der Freiheit wies den Weg zur Einheit

Der Kompass zur Wiedervereinigung

Michael Mertes

Im Herbst 1989 schied sich die Spreu vom Weizen. Die einen erkannten, dass sich die historische Chance zur deutschen Einheit bot. Die anderen waren blind und taub für die Entwicklungen in der DDR. Die einen zögerten keinen Augenblick, die Gunst der Stunde zu nutzen. Die anderen glaubten, warnen zu müssen: „Lasst uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.“ So die Forderung des SPD-Präsidiumsmitglieds Egon Bahr (*Bild am Sonntag*, 1. Oktober 1989). Gerhard Schröder hatte ein paar Tage zuvor erklärt, eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik sei „reaktionär und hochgradig gefährlich“ (*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 27. September 1989), und einige Tage später gab sein Parteifreund Walter Momper, Regierender Bürgermeister von Berlin, zu Protokoll, es sei „auch eine Chance für Europa, wenn es zwei deutsche Staaten gibt“ (*Tageszeitung*, 6. Oktober 1989).

Im Unterschied zu den meisten Sozialdemokraten und fast allen Grünen waren CDU, CSU und weite Teile der FDP innerlich darauf eingestellt, dem Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes zu folgen. Für den Weg zur Einheit konnte es keinen Meisterplan geben, denn ein so epochaler Vorgang lässt sich nicht am grünen

Tisch vorausberechnen. Entscheidend war, dass der Kapitän und die Offiziere auf der Brücke des Staatsschiffes ein klares Ziel vor Augen hatten – und dass sie einen Wertekompass besaßen, der ihnen half, an gefährlichen Klippen und Strömungen vorbeizumanövrieren.

Die Vorstellung, dass 1989/90 ein Oskar Lafontaine, ein Gerhard Schröder oder ein Joschka Fischer das Kommando innegehabt hätten, ist ein Alptraum. Denn ihnen fehlte sowohl das Ziel als auch der Kompass. Außerdem hatten sie sich mit ihrem Nuklearpazifismus, ihrer Distanz zur NATO und ihrer antiamerikanischen Rhetorik im Westen isoliert. Wie hätten sie da auf die vorbehaltlose Unterstützung der deutschen Einheit durch die Vereinigten Staaten und deren damaligen Präsidenten George Bush zählen können? Die amerikanische Rückendeckung war zwingend notwendig, um die Sowjetunion – aber auch Großbritannien – für ein „Ja“ zur deutschen Einheit zu gewinnen.

Im Meer der Ungewissheit, vor allem bei widrigem Wind, braucht man einen unerschütterlichen Glauben. Den hatte Helmut Kohl. Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit gehörte stets zu seinem politischen Credo. Wie ein roter Faden

durchzieht es Kohls öffentliche Äußerungen von den sechziger Jahren bis zum Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989. Dieses Bekenntnis war ihm gewissermaßen in Fleisch und Blut übergegangen – und das erklärt auch sein zielstrebiges Handeln 1989/90.

1966 bis 1973: Der Landespolitiker

Zuden Konstanten in Kohls Denken gehörte von Anfang an, dass er nationale Einheit und europäische Einigung nicht einfach als pragmatische Aufgaben definierte. Vorrang hatte für ihn die Frage nach den Werten, von denen sich die Deutschen leiten lassen sollten. So schrieb der 36-jährige CDU-Landespolitiker: „Wir finden als Volk nur dann ein neues und bleibendes nationales Selbstverständnis, wenn wir im Bewusstsein einer für dieses unser Volk verpflichtenden Rangordnung der Werte unseren Platz in der Geschichte suchen.“

Ob es den Deutschen gelinge, „die geistigen Grundlagen für die noch immer nicht gewonnene Einheit der Nation und ihre Orientierung im weltpolitischen Geschehen zu finden, entscheidet über unsere Geschichtsfähigkeit. Nach meiner Ansicht liegt hier gleichzeitig die elementare Voraussetzung für die Wiedervereinigung und für das, was wir unter Europapolitik verstehen.“ (*Die Rheinpfalz*, 7. Mai 1966)

Zu diesem Zeitpunkt bestand noch ein deutschlandpolitischer Konsens zwischen CDU/CSU und SPD. Doch ab 1969 läutete die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel das Ende dieser Gemeinsamkeit ein. Gleich zu Beginn seiner Kanzlerschaft erklärte Willy Brandt, er habe aufgehört, von „Wiedervereinigung“ zu sprechen. Er wandelte das „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ in eines für „innerdeutsche Be-

ziehungen“ um und ließ die Arbeiten des „Forschungsbeirates für die Wiedervereinigung“ einschlafen. Jahre später hielt Memoiren-Autor Henry Kissinger über seine Gespräche mit Egon Bahr fest, er sei damals zu der Überzeugung gelangt, „die Ostpolitik würde zur Verewigung der Teilung Deutschlands und nicht zur Heilung dieses Risses beitragen“.

Aus der Luft gegriffen ist dieses Urteil nicht: Anfang 1970 machte der deutsche Unterhändler Bahr dem sowjetischen Außenminister Gromyko Avancen, die auf eine unbefristete Hinnahme der Teilung Deutschlands hinausliefen. Bahr regte an, man könne doch die problematische Anerkennung als unproblematischen Gewaltverzicht deklarieren. Und: „Westberlin ist nicht Teil der Bundesrepublik. Auch Liechtenstein ist nicht Teil der Schweiz.“

Gleichwohl versicherte die Regierung Brandt/Scheel der parlamentarischen Opposition unter Führung von Rainer Barzel – und auch den CDU/CSU-Regierungschefs im Bundesrat, namentlich dem aufstrebenden Mainzer Ministerpräsidenten Helmut Kohl – immer wieder, dass sie die Ostverträge im Sinne einer bloßen Übergangsregelung, als Modus vivendi, auslege. In den Vereinbarungen mit Moskau und Warschau wende sich die Bundesrepublik keineswegs, wie die östlichen Vertragspartner unverblümt hervorhoben, vom Ziel der deutschen Einheit ab.

Sollten diese Beteuerungen nicht lediglich Ausdruck eines belanglosen inneren Vorbehals bleiben, dann musste die grundgesetzkonforme Interpretation der Ostverträge auf völkerrechtlich verbindliche Weise in das Vertragswerk eingeführt werden. Dies gegen den erbitterten Widerspruch der sowjetischen Seite und den zähen Widerstand aus der sozialliberalen

Koalition durchgesetzt zu haben bleibt das entscheidende Verdienst der damaligen Opposition – und nicht zuletzt Barzels persönlicher Erfolg.

Dennoch wuchs in der Union die Sorge, diesseits und jenseits von Mauer und Stacheldraht könne sich der Wille zur Einheit in Freiheit immer weiter verflüchtigen. Rechtlich blieb die deutsche Frage zwar offen, aber der sozialliberale Zeitgeist tendierte dazu, das Thema politisch ad acta zu legen. Die deutsche Nation sei „eine faktische Gegebenheit“, bekämpfte demgegenüber Kohl Anfang 1973. „Die Menschen, die in beiden Teilstaaten leben, gehören unstreitig zum deutschen Volk, auch wenn sie als Deutsche in verschiedenartigen Gesellschaftsordnungen leben. Sie sind nach wie vor deutscher Nationalität, auch wenn die Faktoren, die es bewirken, dass ein Volk sich als eine Einheit empfindet, durch die Trennung eines Volkes in zwei sich in so grundsätzlicher Weise unterscheidende Systeme stark geschwächt werden. Doch dieser Erosionsprozess ist weder so weit fortgeschritten, dass die These von einem deutschen Volk, einer deutschen Nation, bereits wirksam entkräftet wäre, noch kann davon die Rede sein, dass dieser Prozess unaufhaltsam sei.“

1973 bis 1976: Der neue CDU-Vorsitzende

Was tun gegen die Erosion? Fatalismus war Kohls Sache nie, auch in diesem Zusammenhang nicht: Der Wille zur Einheit der Nation müsse eben ständig „aktualisiert“ werden, „und dazu gehört nach unserem Verständnis, nach dem Verständnis des Grundgesetzes, die staatliche Einheit, die Wiederherstellung der Identität von Nation und Staat. Die eine deutsche Nation, welche die

zwei deutschen Staaten übergreift, ist vor allem das bleibende, beharrende Nachbild jener historischen Staatlichkeit, wie wir es im Bismarckschen und Weimarschen Deutschen Reich erfahren haben. Auch das ist eine Realität. Ohne diese Geschichtlichkeit, ohne Erinnerung, wie es einmal gesagt worden ist, können wir nicht leben.“ (*Allgemeine Zeitung*, Mainz, 17. März 1973) Im gleichen Sinne, zum Teil mit den gleichen Formulierungen, äußerte sich Kohl als neuer CDU-Bundesvorsitzender in seiner viel beachteten Rede über „Verfassung und Nation als Auftrag der Unionspolitik“ vor der Katholischen Akademie München am 8. Dezember 1973.

Historische Staatlichkeit. Geschichtlichkeit. Geschichte, eines von Kohls Lieblingsworten. Oft mitleidig belächelt von denen, die in einer Soziologie der Gegenwart den alleinigen Schlüssel zum Verständnis gesellschaftlicher Wirklichkeit sahen. In den siebziger Jahren war die Renaissance des öffentlichen Interesses an der Historie, wie sie sich in den achtziger Jahren vollzog, kaum vorstellbar. Doch Kohl verdross das nicht: „Wir haben aus der Geschichte insgesamt die Lehre zu ziehen, dass ein Volk seine Identität verliert oder seine Identität nicht finden kann, wenn es seine eigene Geschichte verleugnet.“ Aus der eigenen Geschichte könne sich niemand herausstehlen. Für die Deutschen gehörten dazu „Auschwitz und Treblinka ebenso wie der 20. Juli 1944 oder der 17. Juni 1953“.

Lernen aus der Geschichte als Quelle von Wertentscheidungen. Die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel, so befürchtete Kohl zu Recht, drohte nicht nur den Sinn für die Einheit der Nation zu schwächen. Die sozialliberale Rhetorik der Äquidistanz ließ auch das Bewusstsein für den unüberbrückbaren Gegensatz von Freiheit und Unfrei-

heit, Demokratie und Diktatur erodieren: „Selbstverständlich ist das Ziel unserer Politik die Entspannung. Aber Entspannungs- politik darf weder dazu führen, dass die gemeinsamen Grundprinzipien verleugnet oder aufgegeben werden, noch dazu, dass wir [...] sie mit denen der kommunistischen Staaten vermengen.“

Die deutsche Frage war im Kern eine Frei- heitsfrage. Kohls politischem Verständnis von Einheit der Nation lag „nicht der Primat der territorialen Einheit, sondern der Primat der Freiheit zugrunde“. Deshalb war für ihn die kompromisslose Abgrenzung von der Ideologie der Ostberliner Machthaber in Wahrheit ein Dienst an der Einheit der Nation: „Wir werden in Zukunft davon ausgehen müssen, dass die Innen- und Gesellschaftspolitik das Feld ist, auf dem unser Nationalbewusstsein seine Gestalt und seine Substanz gewinnt. Das heißt: Die Bundesrepublik muss als attraktives und konkurrenzfähiges Modell einer Gesellschaftspolitik fortentwickelt werden. Damit beweisen wir, dass dieses unser Gesellschaftssystem menschlicher und damit fortschrittlicher ist als jenes sozialistische Zwangssystem in der DDR. Das gibt uns auch die Legitimation, für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einzutreten und auf diese Weise den Willen zur nationalen Einheit sowohl im eigenen Volk aufrechtzuerhalten als ihn auch international glaubwürdig zu dokumentieren.“ (*Augsburger Allgemeine*, 30. Juni 1973) Vielen wird noch aus den neunziger Jahren Kohls *Ceterum censeo* in Erinnerung sein, deutsche Einheit und europäische Einigung seien wie „zwei Seiten derselben Medaille“. Auch in dieser Hinsicht blieb Kohls sich über die Jahre und Jahrzehnte hinweg treu. So sagte er 1974 in der Frankfurter Paulskirche am 25. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes: „Gerade in der jetzigen Si-

tuation, da eine Chance für die Wiedervereinigung vorerst nicht zu sehen ist und Bestand und Zukunft der europäischen Integration gefährdet sind denn je, ist es unsere Aufgabe und unsere Pflicht, uns an den Auftrag des Grundgesetzes zu erinnern, unsere nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“

Zu den bemerkenswerten Konstanten in Kohls öffentlichen Aussagen zur deutschen Einheit gehört die jährlich wiederkehrende Würdigung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 – zumindest in Form einer Presseerklärung. Dieses Datum nutzte er stets, um seine Position zur deutschen Frage zu bekräftigen. Die Sprache seiner Verlautbarungen lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig – sowohl in der Kritik an der SED-Diktatur wie auch in der politischen Zielvorgabe.

Einige Beispiele: 1974 lehnte er „Wohlverhalten gegenüber der politischen Führung der DDR, verstanden als Verzicht auf die Forderung nach Wiedervereinigung und Selbstbestimmung für alle Deutschen“, kategorisch ab. 1975 bekräftigte er die „Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, Treuhänder einer freiheitlichen Verfassung auch für unsere Mitbürger im unfreien Teil unseres Vaterlandes zu sein“. 1976 warnte er: „Wenn jetzt der Versuch immer deutlicher gemacht wird, den 17. Juni aus dem Bewusstsein der Bevölkerung langsam verschwinden zu lassen und diesen Tag als Gedenk- und Feiertag abzuschaffen, dann wird dies auf den entschiedenen Widerstand der Union stoßen. Denn für die Einheit und geschichtliche Identität des deutschen Volkes ist der 17. Juni von großer Bedeutung.“ 1978 hob er den Gleichklang der deutschen Freiheitsinteressen mit denen der östlichen

Nachbarn hervor: „Solange die Menschenrechte im anderen Teil unseres Vaterlandes und in den Ländern Osteuropas immer noch missachtet werden – so lange kann von einer wirklichen Entspannung in Deutschland und Europa keine Rede sein. Und solange die kommunistischen Regierungen ihren Bürgern ein Leben in Freiheit und Menschenwürde vorenthalten – so lange dürfen wir diesen Regierungen nicht die Handhabe liefern, sich hinter der Formel von der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates zu verschanzen und in der Unterdrückung der Menschen fortzufahren. Die Menschenrechte bilden die Grundlage der Entspannung. Nicht derjenige sorgt für Spannung, der für die Achtung der Menschenrechte eintritt, sondern derjenige, der die Menschenrechte verweigert.“

1976 bis 1982: Der Oppositionsführer

Von Herbst 1976 an änderte sich der Ton – nicht der Inhalt – von Kohls Äußerungen zur deutschen Frage. Als Oppositionsführer im Bundestag stand er nun in direkter öffentlicher Konfrontation mit der sozialliberalen Bundesregierung. Zum 25. Jahrestag des Mauerbaus, am 13. August 1976, legte er eine Art deutschlandpolitisches Wahlprogramm vor: „Eine neue gemeinsame Deutschlandpolitik muss von folgenden Grundsätzen ausgehen:

- Persönliche Freiheit sowie rechts- und sozialstaatliche Verfassung sind die Lebensgrundlage für alle Deutschen. Wir im freien Teil des Vaterlandes haben die Pflicht, diese Prinzipien zu wahren und weiterzuentwickeln. Die moderne Nation erfüllt sich in der Freiheit ihrer Bürger.
- Jede konstruktive Deutschlandpolitik setzt die Solidarität des freien Deutschland

mit der freien Staatenwelt voraus. Die moderne Nation kann sich nicht in der Isolation entwickeln. Sie beruht auf internationaler Zusammenarbeit und Bündnispolitik.

– Eine erfolgreiche Wiedervereinigungs-politik setzt eine politische Ordnung Europas voraus, in der das wieder vereinigte Deutschland seinen natürlichen Platz hat. Daher besteht zwischen der Europapolitik der Union und dem Ziel der Wiedervereinigung ein unauflösbarer Zusammenhang.“ Hier geht es wieder um die „zwei Seiten derselben Medaille“! Kohl zweifelte nicht, dass die Einheit kommen werde. Fraglich sei nur, „wer letzten Endes die Wiedervereinigung vollzieht: die Kräfte der Freiheit oder die Kräfte der Unfreiheit“. Und dann folgt die kühne Prognose: „Wir sind guten Mutes. In zehn Jahren wird es in Europa mehr Freiheit als Sozialismus geben.“ Eine Vorhersage, die ziemlich genau so eingetroffen ist. (*Bonner Rundschau*, 12. August 1976)

In der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten verschärfte sich die Gangart, so in Kohls Redebeitrag während der Debatte über den Bericht zur Lage der Nation am 17. Mai 1979: Die Verwerfung der Begriffe „Wiedervereinigung“ und „deutsche Frage“ durch den Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, und durch den Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Herbert Wehner, sei „nichts anderes als der Verzicht auf die deutsche Einheit und auf das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung“. Würden diese Worte aus dem Sprachgebrauch gestrichen, „dann verschweigen wir doch Entscheidendes, nämlich die Tatsache, dass die Teilung Deutschlands durch die unmenschlichste Grenze der Erde ein ständiger Akt der Unmenschlichkeit ist“.

Aber auch nachdenklichere Töne konnte er anschlagen. Im Blick auf die Erreichbarkeit der Wiedervereinigung formulierte er, Real-

politik bedeute, „mit dem Teufel Kirschen essen, ohne zu vergessen, mit wem man es zu tun hat“. Unverändert liege die deutsche Frage wie seit Jahrhunderten „dort, wo sich die Kraftlinien der Weltpolitik gefährlich schneiden. Unsere Aufgabe bleibt es, die richtige Mitte zu finden zwischen unserem Wunsch, die Nation als geistige Wirklichkeit zu erhalten, und der Notwendigkeit, im europäischen Haus dauerhaft zu leben.“ (*Politik und Kultur* Nr. 8/1981) Die Vorboten der Nachrüstungsdebatte sind nicht zu übersehen.

Im Sommer 1982, kurz vor dem Ende der Regierung Schmidt/Genscher, benutzte Kohl eine Formulierung, die er Jahre später in ähnlicher Form eigenhändig in das Zehn-Punkte-Programm zur deutschen Einheit einfügte. Zunächst betonte er, dass der Wunsch nach Zusammengehörigkeit eine der wichtigen Voraussetzungen dafür sei, „dass unsere Kinder und unsere Enkel einmal wieder ohne Visum und ohne Grenzkontrollen von Dresden nach Dortmund, von Ludwigshafen nach Leipzig und von Weimar nach Würzburg reisen können“. Dann der entscheidende Satz: „Wir wissen nicht, wann dies sein wird, aber wir wissen, dass es eines Tages sein wird. Der Wille zur Einheit unserer Nation ist auf Dauer stärker als Mauer und Stacheldraht, wenn wir alle dazu beitragen, dass dieser Wille zur Freiheit und Einheit aller Deutschen niemals erlahmt.“ (*Deutschland-Union-Dienst*, 11. August 1982)

1982 bis 1989: Bundeskanzler vor dem Fall der Mauer

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Bundeskanzler führte Kohl bei den Berichten zur Lage der Nation den Zusatz „im geteilten Deutschland“ wieder ein, nachdem

diese Regierungserklärungen unter seinem Vorgänger Schmidt mehr und mehr zu Berichten über die ökonomische Lage der Bundesrepublik mutiert waren. Ebenso änderte Kohl die bis dahin übliche Terminologie „die beiden deutschen Staaten“ in „die beiden Staaten in Deutschland“.

Kontinuität wahrte er im Blick auf die „menschlichen Erleichterungen“ im innerdeutschen Verhältnis und auf die vielen „kleinen Schritte“, die für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nation von Bedeutung sein konnten. Doch bei allem Pragmatismus führte er in der Beschreibung seiner Ziele eine neue Klarheit in die Deutschlandpolitik ein. In seiner Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 sagte er: „Wir alle wissen: Die Überwindung der Teilung ist nur in historischen Zeiträumen denkbar.“ Da war er, wie wir heute wissen, zu pessimistisch. Aber gewiss nicht pessimistischer als jene, die – im Gegensatz zu ihm – das Ziel bereits aus dem Auge verloren hatten: „Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl sind und können nicht das letzte Wort zwischen Ost und West sein, in Deutschland, in Europa und in der Welt. Menschlichkeit und Vernunft weigern sich, dies hinzunehmen.“

In den Jahren zwischen 1982 und 1989 zerbrachen auch die letzten Reste des deutschlandpolitischen Konsenses zwischen Union und SPD. Während Kohl Honeckers „Geraer Forderungen“ regelmäßig und unmissverständlich ablehnte, waren immer mehr Sozialdemokraten bereit, einer Auflösung der „Erfassungsstelle Salzgitter“ zuzustimmen, in der schwere Menschenrechtsverletzungen der SED-Diktatur dokumentiert wurden.

In der SPD wuchs auch die Sympathie für den Gedanken, eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen, das heißt das Prinzip einer gesamtdeutschen Staatsbürgerschaft.

schaft aufzugeben. Zu den großen Leitmotiven von Kohls deutschlandpolitischen Äußerungen als Bundeskanzler gehörte die europäische Dimension der deutschen Frage. So heißt es in seinem Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland vom 27. Februar 1985: „Indem wir das europäische Einigungswerk weiter voranbringen, bereiten wir in historischer Perspektive den Weg für eine spätere Aufhebung der Teilung unseres Kontinents.“

Die geschichtliche Leistung der Bundesrepublik werde einmal daran gemessen werden, „dass wir Nation und Freiheit bewahren und zugleich in Europa das größere Vaterland finden. Wir suchen die Antwort auf die deutsche Frage nicht in Alleingängen, nicht gegen unsere Nachbarn, nicht gegen unsere Nachbarn im Westen und nicht gegen unsere Nachbarn im Osten und nicht in einer Auflehnung gegen die Geschichte. Das deutsche Haus ist nur zu bauen auf dem Fundament der Menschen- und Bürgerrechte und unter dem Dach eines vereinten Europa. Dabei wissen wir: Die Überwindung der Teilung Europas ist ein gesamt-europäischer Auftrag und nicht nur eine Aufgabe Westeuropas.“

Unter den vielen Reden, die Kohl als Bundeskanzler zu deutschlandpolitischen Fragen hielt, ragt seine Tischrede anlässlich des Honecker-Besuchs 1987 in Bonn heraus. Am 7. September nahm er beim Abendessen zu Ehren des SED-Generalsekretärs in der Redoute in Bonn-Bad Godesberg kein Blatt vor den Mund – und Millionen von Menschen in der damaligen DDR konnten es in Radio und Fernsehen verfolgen: „An den unterschiedlichen Auffassungen der beiden Staaten zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage, kann und wird dieser Besuch nichts ändern. Für die Bundesregierung wiederhole ich: Die Prä-

ambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keinen Zweifel, dass dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht.“

Und warum hatte er keinen Zweifel? „Die Menschen in Deutschland leiden unter der Trennung. Sie leiden an einer Mauer, die ihnen buchstäblich im Wege steht und die sie abstößt. Wenn wir abbauen, was Menschen trennt, tragen wir dem unüberhörbaren Verlangen der Deutschen Rechnung: Sie wollen zueinander kommen können, weil sie zusammengehören.“ Der letzte Satz erinnert verblüffend an Willy Brandts Sentenz vom 10. November 1989, jetzt wachse zusammen, was zusammengehöre. Das Copyright gebührt freilich Helmut Kohl.

Spätestens im Frühjahr 1989 sah Kohl ganz deutlich, dass die deutsche Frage wieder auf der „Tagesordnung der Weltgeschichte“ stand. So sagte er in seiner Regierungserklärung vom 27. April 1989 vor dem Deutschen Bundestag: „Das Zerbröckeln jahrzehntelanger Verkrustungen in Europa schafft neue Hoffnung für die Einheit unseres Vaterlandes. Ich beklage, dass Teile der Opposition den jetzt bestehenden Zustand festbeschreiben möchten und sich in Wahrheit längst von der Präambel unseres Grundgesetzes verabschiedet haben. Spätere Generationen werden dies unbegreiflich finden. Ich sage für mich, ich sage für die Bundesregierung und die Koalition: Unser Ziel bleibt ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa.“

Kohl kämpfte in dieser Frage nie allein – weder als CDU-Bundesvorsitzender noch als Oppositionsführer, noch als Regierungschef. Er konnte hier auf die überwältigende Zustimmung der Mitglieder von CDU und CSU rechnen. Und er konnte darauf aufbauen, dass viele Unionspolitiker aus der ersten und zweiten Reihe ihren Beitrag zur Offenhaltung der deutschen Frage geleistet hatten – Persönlichkeiten wie Rainer Barzel, Johann Baptist Grädl und Alois Mertes, Franz Josef Strauß, Alfons Goppel und Werner Marx. Natürlich gab es auch einige wenige, die sich durch ambivalente Äußerungen sozialliberale Sympathien erwarben, Richard von Weizsäcker zum Beispiel oder Walther Leisler Kiep.

Seine Rede auf der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin am 10. November 1989 beendete Kohl mit den Worten: „Es geht um Deutschland, es geht um Einigkeit und Recht und Freiheit. Es lebe ein

freies deutsches Vaterland! Es lebe ein freies, einiges Europa!“ Zwei Tage später, am 12. November 1989, warnte Bundespräsident von Weizsäcker davor, „mit unserer Tür drüben ins Haus zu fallen“. Es gelte, „nicht loszuballern mit großen Tönen und Reden. Keiner von uns hatte es schon immer gewusst – keiner von uns weiß, wie es weitergeht.“

Bundeskanzler Kohl wusste, dass die Einheit kommen werde, wenn sich die Chance dazu ergäbe und die Menschen in Deutschland sie wollten. Und er hatte auch schon eine Vorstellung davon, wie es weitergehen sollte. Kohls entscheidende Stärke – das zeigen alle seine Äußerungen, das zeigte sich im Trubel von 1989/90 ganz besonders – war seine monumentale Unbeirrbarkeit. Diese Charaktereigenschaft hatte und hat auch ihre Schattenseiten. Aber für Deutschland war und ist sie ein Glücksfall.

Rückbau Ost

„Die rot-grüne Bundesregierung hat offenkundig gar nicht vor, in Ostdeutschland die Grundlagen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu legen. Es ist müßig, über den Solidarpakt II nach 2004 zu reden, wenn dabei der heutige Aufbau Ost zunehmend unter die Räder kommt. Unter Bundeskanzler Schröder verkommt der Aufbau Ost zunehmend zum Rückbau Ost.“

(Ruprecht Polenz und Günter Nooke am 18. August 2000, zitiert nach *Union in Deutschland*, 24. August 2000)